

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.- M., bei Selbstabholung 2.75 M. — Durch die Post bezogen nur bis 31. März) vierteljährlich 8.00 M., für 1 Monat 2.20 M. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.)
Postkontokonto Nr. 53 477. Postkontokonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tautschauer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 000.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Zeilzeile 1.25 M. — Die 7gespaltene Zeilzeile mit Platzvorschrift 1.50 M. — Die 7gespaltene Zeilzeile Familiennachrichten 1.10 M. Die Melde- und Belegzeile 5.— M. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tautschauer Straße 19/21, Fernsprecher: 4590 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Eisenbahnstillstand in Frankreich.

Generallstreik der französischen Eisenbahner.

Paris, 27. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Nach einem Privattelegramm aus Genf ist in Frankreich seit Mitternacht der gesamte Eisenbahnverkehr eingestellt, infolge des von dem Zentralverband der Eisenbahnergewerkschaft zur Unterstützung der Werksstättenarbeiter der Paris-Mittelmeerbahn erklärten Generallstreiks. Die Schnellzüge, die gestern abend noch nach Paris abfahren, sind unterwegs vom Fahrpersonal verlassen worden und nicht an das Ziel gelangt.

Paris, 27. Februar. Infolge des Eisenbahnstreiks steigen bereits die Lebensmittelpreise in Paris.
Paris, 26. Februar. Der leitende Betriebsingenieur der Paris-Nyons-Mittelmeerbahn erklärte der Presse, daß in den Pariser Werksstätten nicht gearbeitet werden sei. Maßnahmen gegen die Streikenden werden getroffen. Es wird bereits versucht, einen verringerten Hilfsdienst zu schaffen.

Erläuterungen Lenins.

Berlin, 27. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In einem Parteilegramm hat Lenin eine Reihe von Fragen beantwortet, die der amerikanische Journalist Wiegand an ihn gerichtet hatte. Die Freiheit gibt dieses Telegramm im Wortlaut wieder. Es verweist zunächst die durchgängig freiblickende Möglichkeit Sowjetrusslands gegen Rumänien und Polen, gegen Italien und die ganze Welt. Auch mit Amerika habe die Sowjetregierung den dringenden Wunsch, in Frieden zu leben. Auf die Frage nach den Grundlagen eines Friedens zwischen Rußland und Amerika antwortete Lenin: Die amerikanischen Kapitalisten sollen uns in Frieden lassen, wir werden sie nicht angreifen. Wir sind sogar bereit, Maschinen, Werkzeuge usw., die für Transport und Industrie nützlich sind, mit Gold zu bezahlen — und nicht nur mit Gold, sondern auch mit Rohmaterialien. Die Frage, ob Rußland bereit sei, in geschäftliche Beziehungen mit Amerika einzutreten, wird von Lenin noch einmal mit einem „Sicher“ bekräftigt. Rußland sei bereit, mit Amerika in Geschäftsbeziehungen zu treten, wie es dazu mit jedem andern Lande bereit sei. Wiegand hatte auch nach den Möglichkeiten eines wirtschaftlichen Bündnisses zwischen Rußland und Deutschland gefragt. Darauf antwortete Lenin, daß dazu die Möglichkeiten leider nicht groß seien, denn die Scheidemänner seien schlechte Verbündete. Rußland strebe aber mit allen Ländern ohne Ausnahme ein Bündnis an.

Auf die Frage, welche Ansichten Rußland über die Fortsetzung der Allierten auf Auslieferung der Kriegsverbrecher habe, betonte Lenin, wenn es ernsthaft über diese Angelegenheit sprechen sollte, so sind die Schuldigen die Kapitalisten aller Länder. „Es gibt uns alle eure Grundherren, die mehr als 100 Hektar Land haben, und alle Kapitalisten, die mehr als 100 000 Frank besitzen, und wir werden sie zu nützlichen Arbeitern erzwingen, und dazu, daß sie mit der schimpflichen, niedrigen und blutigen Rolle von Ausbeutern und Antikisten von Krieg wegen Aussellung von Kolonien brechen. Kriege werden dann bald unmöglich sein.“

Auf die Frage, welche Meinung man in Rußland über die zukünftige Entwicklung der Sowjets zu einer Weltmacht habe, antwortet endlich Lenin: „Die Zukunft gehört dem Sowjetismus über die ganze Welt. Die Tatsache habe es bewiesen. Man braucht nur, sagte Lenin, in vierjährlicheren Perioden das Anwachsen der Anzahl von Pamphleten, Broschüren und Flugzetteln und Zeitschriften in jedem Lande zu beachten, die für die Sowjets eintreten. Es kann nicht anders sein: wenn einmal die Arbeiter in den Städten, die landlosen Bauern und Tagelöhner in den Dörfern und die kleinen Bauern, die nicht ihre Zukunft zur Ausbeutung gemieteter Arbeit nehmen können, wenn einmal diese ungeheure Mehrheit von Arbeitenden verstanden haben, daß die Sowjets die ganze Macht in ihrer Hand vereinigen müssen, wenn sie sich von dem Joch der Grundbesitzer und Kapitalisten befreien wollen, so könnte niemand den Sieg des Sowjetismus in der ganzen Welt verhindern.“

Keine allgemeine Wehrpflicht in Amerika?

Amsterdam, 26. Februar. Meier meldet aus Washington, daß der Ausschuss des Repräsentantenhauses für militärische Angelegenheiten auf Ersuchen des republikanischen Führers dem Hanje einen günstigen Bericht über den Gesetzentwurf betreffend Reorganisations des Heeres ohne jede Wehrpflicht der allgemeinen militärischen Ausbildung überfand hat.

Die englischen Agrarier gegen den Achtstundentag.

Amsterdam, 26. Februar. Der Telegraaf meldet aus London, daß der englische Bauernbund, dem 75 000 Landwirte angehören, eine Versammlung in London abhielt, in der erklärt wurde, die Bauern müßten die Arbeit niederlegen, wenn die Regierung den achtstündigen Arbeitstag auch auf die Landwirtschaft ausdehnen würde.

Streiks wegen der Teuerung in Belgien.

Brüssel, 26. Februar. Infolge der Teuerung, namentlich des Brotes, macht sich seit einiger Zeit in der Provinz unter den Arbeitern eine Ausstandsbewegung bemerkbar. Der Ausstand der Bergarbeiter dehnt sich aus. Gestern marschieren Tausende von Ausständigen durch mehrere Gemeinden und versuchen vor den Gruben die noch zur Arbeit Erschienenen von der Arbeit abzuhalten. Die Züge wurden von der Polizei zerstreut.

Die Generale fordern das Verfahren gegen sich.

Die 2. II. meldet, fand am Mittwoch eine Versammlung von Generalen und Admiralen in Berlin statt, die folgende Erklärung beschloß:

Wir unterzeichneten Generale und Admirale erklären nochmals, daß wir weder jetzt noch zukünftig aus einem fremden Gericht stellen werden. Wir halten es für jeden deutschen Soldaten vom General bis zum jüngsten Musketier mit unserer soldatischen Ehre und dem Gefühl unserer persönlichen Würde nicht vereinbar. Wir stellen fest, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes in dieser Frage unsere Ansicht teilt. In dem deutschen Nichter haben wir das unbedingte Vertrauen, daß er allein nach deutschem Recht verfahren und urteilen wird. Einem Verfahren, das diesen Grundlagen entspricht, werden wir uns nicht nur stellen, sondern wir erwarten, nachdem wir wissen, was der Feind uns vornimmt, daß es unverzüglich zur Wahrung der deutschen und unserer eigenen Ehre durchgeföhrt wird. Wir erklären, daß wir für alle unsere Untergebenen vollen Befehl: die volle Verantwortung tragen und übernehmen.

Wir sind uns bewußt, daß die Antivorträge der Entente vom 10. Februar 1920 einen neuen Angriff gegen das deutsche Volk und seine Souveränität darstellt. Die ehrenrührige Forderung der Auslieferung deutscher der fremden Sache wird dem Grundgesetz nach von den verbündeten Mächten keineswegs aufgegeben, sondern dadurch bekräftigt, daß die Entente als höchste Instanz sich vorbehält, gemäß Artikel 228 des Friedensvertrags jeden einzelnen Fall vor ihre eigene Gerichtsbarkeit zu bringen. Wir dagegen erklären ausdrücklich, daß wir nur rein deutsches Recht und als höchste Instanz das Reichsgericht in Leipzig anerkennen.

von Bohm. D. G. v. Falkenhayn. v. Haenrich. Hammer. v. Helldorf. v. Hutler. v. Juenholz. Koll. v. Oud. v. Pothow. Ludendorff. Foch. v. Mantel. v. Duast. Reichenstein. Scheer. v. Schröder. v. Treppe. Wagn. v. Wundt. v. Zwoft.

Die Herren Generale nehmen also die deutschnationalen Forderungen zum Aktivist nicht auf: sie werden sich gefast haben, daß sie damit sehr schlechte Resonanz im deutschen Volke finden würden. Sie fordern die Durchführung des Verfahrens gegen sich — kommen also endlich zu der Erkenntnis, was die richtig verstandene Ehre von ihnen fordert. Allerdings suchen sie sich ein Hintertürchen offen zu halten mit dem Hinweis, daß die Entente auch durch ihre neue Rolle die Souveränität des deutschen Reichs antaste und indem sie das Reichsgericht als höchste Instanz erklären, worin die Ablehnung eines neutralen Gerichts als zweite Instanz ausgesprochen wird. Das ist indes eine spätere Sorge. Zuvorst werden die Herren sich dem Reichsgericht stellen. Rätst sich dies nicht von großen Namen mit militärischem Glanz vertheidern, die Wahrheit bis ins Letzte zu verfolgen, und die notwendige Maxime Sühne der Verbrechen vorzunehmen, so wird eine zweite Instanz ohnehin überflüssig werden.

Endlich.

Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die Verhandlungen über die gegenseitige Heimkehrpflicht der Gefangenen mit dem Vertreter der Sowjetrepublik haben begonnen. Sie werden mit aller Beschleunigung geführt werden, so daß in Kürze mit der Unterzeichnung eines Abkommens gerechnet werden kann. Inzwischen muß stets berücksichtigt werden, daß die zu überwindenden technischen Schwierigkeiten noch keine Bestimmung des Zeitpunktes zulassen, wann mit dem Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen sicher zu rechnen ist.

Hirschfeld legt Revision ein.

Wie die B. Z. am Mittag meldet, beabsichtigt der Fahnener Junger Hirschfeld, der bekanntlich vom Schwurgericht zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde, beim Reichsgericht Revision anzumelden.

Wir meinen, der Atentäter hätte keinen Anlaß, sich über zu große Härte des Urteils zu beklagen.

Wiedereinführung der Achtstundenschicht in Sachsen.

Nach neuen Verhandlungen der Vertreter der Bergarbeiter mit dem Arbeitsminister soll am 1. März die Achtstundenschicht im sächsischen Kohlenbergbau wieder eintgeführt werden.

Attentate in Spanien.

Gegen den Madrider Erzbischof, in dem sich der Gouverneur von Barcelona befand, wurde eine Bombe geworfen. Personen sind nicht verletzt worden.

Die Times melden aus Madrid, daß der Syndikalismus in Saragossa terroristische Form angenommen habe. Bei dem Streik wurde eine Bombe in ein Café geworfen, wobei zahlreiche Gäste verwundet wurden.

Die Franzosen und die dritte Internationale.

Die langdauernde Unterdrückung der Leipziger Volkszeitung hat uns bislang gehindert, unsere Leser eine eingehendere Schilderung der Strömungen im französischen Sozialismus zu geben. Ehe wir die Erde noch auszufüllen vermöchten, ist der französische Parteikongress zu Straßburg zusammengetreten. Zum Verständnis seiner Beschlüsse, die in diesen Tagen erfolgen werden, seien aus den Artikeln unseres Pariser Korrespondenten, die uns in letzter Zeit zugehen, nachträglich noch die folgenden Stellen zitiert:

Unterm 9. Februar schrieb unser Genosse unter anderem:

Verschiedene regionale Kongresse der französischen sozialistischen Partei bieten wichtige Anhaltspunkte in Bezug auf die vorausichtige Haltung des Straßburger Landesparteitags.

Eine Tatsache tritt mit erschütternder Klarheit überall hervor: das fast vollständige Verschwinden des rechten Flügels der Partei, der ehemaligen Mehrheitsler und Durchhalter, der heutigen Ministerialisten und Kreditbewilliger. Sie werden heute nur noch vertreten durch eine Anzahl Parlamentarier, wie Thomas, Lafont, Cécerae, Renaudel. Die Masse der Parteigenossen steht heute zweifelslos hinter dem Zentrum und hinter der Linke.

Auf dem Parteikongresse des Departements du Nord (Villers-Bretonneux) wurde mit 200 Stimmen gegen 1 die Resolution des Zentrums angenommen. Im Norden Frankreichs, wo die Bevölkerung unter der deutschen Invasion am schwersten gelitten hat, war der Nationalismus am stärksten entfacht, und die ehemaligen Mehrheitsler stützten sich hauptsächlich auf die Genossen dieser Gebiete. Die „Mehrheitsler“ werden heute auch dort desavouiert.

Ferner hat der vorbereitende Kongress der Parteioorganisationen des Departements Loiret (Orléans) einstimmig beschlossen, dem Landesparteitage eine Motion zu unterbreiten, die den Austritt aus der zweiten Internationale auspricht. Das Zentrum und die Linke waren auf dem Provinzialkongress in Orléans ungefähr gleich stark vertreten; bei der Wahl der Delegierten für Straßburg entfielen auf das Zentrum 13 Mandate und auf die Linke 12.

Außer den oben erwähnten haben sich verschiedene andre große Departementsoberationen gegen die zweite Internationale gewendet und treten entweder für das Zentrum oder für die Linke ein. So Bourges-du-Rhône, Haute-Vienne, Rhone. Es ist daher leicht vorauszusetzen, daß die Rechte in Straßburg nur sehr schwach vertreten sein wird.

In der Die sozialiste, dem neuen Organ des rechten Flügels der französischen sozialist. Partei, werden für den Straßburger Parteitag folgende Entschlüsse vorgeschlagen:

1. Die französ. sozialistische Partei verbleibt in der Internationale (gemeint ist die 2.) und nimmt am Genfer Kongress teil. Sie wird sich mit der belgischen Arbeiterpartei verbünden, damit gegenüber der deutschen Sozialdemokratie die notwendige Verteilung erreicht werden kann.
2. Die französ. sozialist. Partei wird an keinem Kongress teilnehmen, der nicht vom ordentlichen Aktionskomitee der Internationale, deren Sekretär Sunsimans ist, einberufen wurde.
3. Die französ. sozialist. Partei ladet das Aktionskomitee der Internationale und die Internationale selbst ein, die Mittel zu studieren, zwecks Erreichung eines Maximums an Einheit in den nationalen Sektionen, die die Voraussetzung ist für die internationale Einheit.

In der Begründung dieses Vorschlages sagen die Vertreter der Rechten der Partei u. a.:

„Wichtiger als ein rascher Neuaufbau der Internationale ist die Feststellung der Bedingungen, unter denen dieser Neuaufbau erfolgen kann. Eine dieser Bedingungen ist die Feststellung der Schuld der deutschen Sozialdemokratie am Kriege... Heute scheint es schwierig, die Massen der deutschen Sozialdemokratie, die von den kompromittiertesten Führern der Mehrheitsler mitgeriffen wurden, in die Internationale aufzunehmen... Dies ändert sich solange nicht, als die deutsche Sozialdemokratie ihre Schuld nicht zugibt und solange sie die organisatorische Einheit der Arbeitermassen Deutschlands nicht bewerkstelligen hilft. Diese Einheit ist befreilicherweise erschwert durch die Gewaltvolltätig vertriebenen sozialistischer Führer. Unter Ausschluß dieser Persönlichkeiten scheint die Einheit des deutschen Proletariats wünschenswert zur Bekämpfung der alldeutschen Reaktion.“

Betreffend die Landesverteidigung heißt es in dem Manifest:

„Die französ. sozialist. Partei kann die internationale Verwirklichung des Sozialismus nicht trennen vom wahren nationalen Interesse, das den Kampf gegen den Krieg und die Harmonie unter den Völkern in sich schließt. Sie kann daher für Frankreich die bolschewistische Theorie nicht akzeptieren, die jedes nationale Verteidigung“